

Korte konkret **DIE LINKE.**

Zeitung des Bundestagsabgeordneten Jan Korte für den Wahlkreis Anhalt

www.jankorte.de

www.facebook.com/jankortemdb



Liebe Leserinnen und Leser,

heute erhalten Sie die Winterausgabe meiner Zeitung „Korte Konkret“. Wie seit vielen Jahren versuche ich darin, über einen

Teil meiner Arbeit im Bundestag und im Wahlkreis Anhalt zu berichten und vor Ihnen gewissermaßen Rechenschaft abzulegen.

Seit über einem Jahr regiert die Große Koalition in Berlin und im Land herrscht Stillstand. Die Infrastruktur verfällt, gesellschaftliche Debatten finden kaum noch statt. Union und SPD feiern sich für einen Haushalt, der angeblich ohne neue Schulden auskommt. Doch wenn diesem Ziel, der „schwarzen Null“, alles weitere untergeordnet wird, kann die Bundesregierung das Ruder auch gleich an ein paar Finanzberater übergeben.

Politisch richtig fände ich es, endlich gegen Kinderarmut vorzugehen. Es ist unerträglich, dass in einem der reichsten Länder der Erde rund 2 Millionen Kinder in Armut leben müssen. Wir müssen umverteilen: Mit einer Vermögenssteuer zum Beispiel. Dafür steht DIE LINKE, dafür setze ich mich ein.

In dieser Ausgabe finden Sie erneut Informationen aus dem Wahlkreis Anhalt und aus Berlin. Für Fragen, Anregungen und Kritik stehen mein Team und ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Korte

Vom bayerischen Grenzkonflikt zur Maut für alle

Die Bayern haben es manchmal wirklich nicht leicht. Will man mal eben zum shoppen nach Mailand fahren, bezahlt man für die Nutzung der Autobahnen in Österreich und Italien eine Maut. Eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, hat sich die CSU gedacht, schließlich ist die Benutzung bundesdeutscher Autobahnen für Italiener oder Österreicher kostenlos. Und wegen dieses „Grenzkonfliktes“, den eine bayerische Regionalpartei führt, stehen wir nun vor der Einführung einer Pkw-Maut für alle? Der Reihe nach:

Zur Bundestagswahl forderte die CSU die „Ausländer-Maut“, praktisch als einzigen Programmpunkt, der es folgerichtig auch in den Koalitionsvertrag schaffte. Was dann folgte, konnte man in den Nachrichtensendungen verfolgen: Nur Ausländer zu

Nicht an der Sicherheit sparen!



Alleine mit dem Betrag, den die Beschaffung von Körperscannern für alle deutschen Flughäfen etwa kosten würde, könnte man 150 Polizeibeamte zehn Jahre lang bezahlen.

Vor kurzem berichteten verschiedene Medien, die Bundespolizei sei „nahezu zahlungsunfähig“. Nach Angaben aus Polizeikreisen seien „bereits ausrangierte Autos reaktiviert worden“ und wegen der von der Bundesregierung verhängten Haushaltssperre sei man nicht in der Lage, die Miete für genutzte Gebäude zu bezahlen. Die Sperre wurde Ende Oktober aufgehoben – an der strukturellen Unterfinanzierung der Bundespolizei ändert dies aber nichts, wie Polizeigewerkschafter betonen. Auch in Sachsen-Anhalt wird an der Polizei gespart: Der Stellenabbau werde in Zukunft die Sicherheit gefährden, warnen Gewerkschafter und bemängeln die schlechte Bezahlung der Beamten, die teils die Verantwortung höherer Dienstgrade tragen müssten, aber nicht den entsprechenden Lohn bekämen.

Während die Arbeitssituation von Polizistinnen und Polizisten in Bund und Ländern immer schwieriger wird, schaffen es die Innenminister von Bund und Ländern trotzdem immer wieder, sich als hart durchgreifende Sicherheitshardliner ins Bild zu setzen: Sie

verkaufen die Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten als sicherheitspolitisches Allheilmittel, wollen Zugriff auf Mautdaten, lassen sich in Körperscannern fotografieren und geben den Geheimdiensten mehr Personal und Mittel.

Mit den Problemen der Menschen und der Sicherheit vor Ort haben diese Programme, die nicht nur unsere Bürgerrechte einschränken sondern meist auch Millionen Euro Steuergelder kosten, objektiv gesehen aber wenig zu tun: Laut Kriminalstatistik gab es 2013 in Sachsen-Anhalt 54 Tötungsdelikte, 3.591 Fälle gefährlicher und schwerer Körperverletzung, über 80.209 Diebstahlsdelikte und über 1.500 Wohnungseinbrüche. Dagegen helfen weder sicherheitspolitische Großprojekte noch Überwachungsprogramme.

Mehr Sicherheit bringen vor allem eine gut aufgestellte Polizei vor Ort, eine solidarische Gesellschaft, in der man auch auf den Nachbarn achtet und ein funktionierender Sozialstaat, der Armut ernsthaft bekämpft und die Menschen nicht allein lässt.



Stümperei oder Absicht? Von der „Maut für Ausländer“ zum flächendeckenden Überwachungssystem

belasten, würde gegen EU-Regeln verstoßen, stellte man fest. Nun wurde improvisiert:

Nun sollen alle zahlen, Autobesitzer in Deutschland den Maut-Betrag aber über Steuerermäßigungen wiederbekommen. Zur Mauterfassung sollen Kennzeichenscans erfolgen: Wer wann genau wohin gefahren ist, wird dann zu Abrechnungszwecken bis zu 13 Monate auf Vorrat gespeichert.

Klingt alles ziemlich bürokratisch? Ist es auch. Wegen des hohen Bürokratieaufwands bezweifeln Experten inzwischen, ob durch die Maut überhaupt mehr Geld in die Kassen kommt.

Weil eine Bayerische Regionalpartei sich im Konflikt mit ihren Nachbarn auf Kindergartenniveau bewegt, soll mit der Pkw-Maut ein bundesweites Bürokratie- und Datenmonster geschaffen werden. Und vielleicht auch wegen gewisser Nebeneffekte: Auf den Daten mit den Bewegungsdaten aller Autofahrerinnen und Autofahrer, hat das Bundeskriminalamt jedenfalls sofort Anspruch angemeldet.

Mit Datensparsamkeit, Zweckbindung oder Grundrechten hat das alles nichts zu tun. Im Ernstfall wird also wieder einmal das Bundesverfassungsgericht gefordert sein.

Jeder fünfte ist arm

Laut aktueller Zahlen des statistischen Bundesamts ist jede fünfte Person in Sachsen-Anhalt von Armut bedroht. 20,9 Prozent der Bevölkerung leben von weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. In der Bundesrepublik ist die Armut nur in Bremen (24,6 %) und Mecklenburg-Vorpommern (23,6 %) größer. Auch die Kinderarmut ist bundesweit mit fast 20 Prozent nach wie vor hoch – in Sachsen-Anhalt sind fast die Hälfte der Alleinerziehenden und ihre Kinder von Armut bedroht.

Dass es ausgerechnet in einem der reichsten Länder der Welt Kinder gibt, die in Armut aufwachsen müssen, ist ein Zeichen einer verfehlten Politik, die der Rendite von Unternehmen mehr Wert beimisst als der ordentlichen Entlohnung von Arbeitnehmerinnen und -nehmern.

Sie sind Ergebnis einer Politik, die auf Einsparungen bei Rente und Sozialleistungen setzt, statt Unternehmen und Vermögende

vernünftig zu besteuern – zum Beispiel indem Kapitalerträge und Arbeitseinkünfte gleich behandelt würden.

Einer Oxfam-Studie zufolge besitzt ein Prozent der Bevölkerung fast die Hälfte des weltweiten Vermögens. Dasselbe Verhältnis hat die Bundesrepublik nun auch erreicht – wir liegen voll im internationalen Trend der Umverteilung von unten nach oben.

Diese Umverteilung muss gestoppt und umgekehrt werden. Eine gerechtere Gesellschaft kann es nur geben, wenn die Reichen ihren Anteil an den Kosten einer sozial gerechten und friedlichen Gesellschaft tragen. Angesichts der Verteilungskriege auf der Welt und in Anbetracht der Tatsache, dass die reichsten 85 Menschen der Welt zusammen so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, wird klar, dass mehr Gerechtigkeit nicht nur für den sozialen Frieden in der Bundesrepublik wichtig ist, sondern für den Frieden in der Welt.

Linksfraktion fordert Historikerkommission für das Kanzleramt



Wenn es um die Aufklärung personeller und organisatorischer Kontinuitäten zwischen NS-Deutschland und der frühen Bundesrepublik geht, sind etliche Behörden und Ministerien dem Kanzleramt um Längen voraus.

Als im Oktober 1952 im Bundestag über das Ausmaß personeller und organisatorischer Kontinuität im Auswärtigen Amt debattiert wurde, gab Bundeskanzler Adenauer zu, dass zwei Drittel der leitenden Stellen mit „Ehemaligen“ und Parteigenossen besetzt waren. Dies sei nötig gewesen, da man eben erfahrene Fachleute gebraucht habe. Den größten Beifall aus seiner Regierungskoalition bekam er jedoch, als er sagte:

„Ich meine, wir sollten jetzt mit der Naziriecherei mal Schluss machen. Denn verlassen Sie sich darauf: Wenn wir damit anfangen, weiß man nicht, wo es aufhört.“

Wo die „Naziriecherei“ spätestens aufhören sollte, davon hatte der CDU-Altkanzler allerdings eine sehr klare Vorstellung: An der Pforte des Kanzleramts. Denn mit Hans Globke, dem Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, hatte Adenauer das Paradebeispiel für die personelle Kontinuität der Verwaltungseliten zwischen dem „Dritten Reich“ und der frühen Bundesrepublik Deutschland zu seiner rechten Hand gemacht. Globke, der von 1953 bis 1963 Chef des Bundeskanzleramts war, spielte in den Anfangsjahren der BRD eine bedeutende Rolle als „graue Eminenz“ und Strippenzieher.

Nicht zuletzt seine Netzwerkarbeit durfte durch „Naziriecherei“ nicht in Gefahr geraten. Das Adenauersche Dekret wirkt bis heute nach. Allein 26 Minister, ein Bundespräsident und ein Bundeskanzler der Bundesrepublik waren in NS-Organisationen oder Mitglied der NSDAP. Tausende Gestapo-Leute, SD- und SS-Männer konnten bei BND, BKA oder Verfassungsschutz als „Experten“ unterkommen.

Und so ist auch 69 Jahre nach dem Ende des NS-Faschismus die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und Behörden der Bundesrepublik nicht abgeschlossen. Und während eine ganze Reihe von Ministerien und Behörden damit begonnen haben, ihre Geschichte aufzuarbeiten, stellt sich die Frage, wieso dies für die Regierungszentrale nicht gilt. Denn wenn man eine vollständige Aufarbeitung bundesdeutscher Regierungspolitik will, dann kommt man um die exekutive Schaltzentrale nicht herum.

DIE LINKE im Bundestag fordert daher in einem Antrag die Einsetzung einer unabhängigen Historikerkommission zur Untersuchung der Rolle des Bundeskanzleramtes. Man darf gespannt sein mit welchen Argumenten die Koalition diesen Antrag für unnötig erklären und ihn ablehnen wird.

Korte kurz:

57 Mio. Euro für BND-Internetüberwachung



Der BND-Neubau in Berlin kostet ca. 1,3 Milliarden Euro. Für die Internetüberwachung gibt's 57 Mio. drauf.

In den Beratungen für den Bundeshaushalt 2015 hat der Bundestag in namentlicher Abstimmung die Erhöhung des BND-Etats um fast 57 Mio. auf jetzt über 615 Mio. Euro beschlossen. Laut Medienberichten über Dokumente des Haushaltsausschusses möchte der Nachrichtendienst die massenhafte Überwachung des Internetverkehrs weiter ausbauen. Er will unter anderem verdeckte Zugänge zu Internetprovidern im Ausland einrichten und richtet seinen Blick verstärkt auf die sozialen Medien, die er in Echtzeit überwachen und analysieren will. Wer gedacht hatte, der NSA-Skandal würde zu einer Umkehr bei der Sicherheitspolitik führen, hat sich getäuscht: Die Bevölkerung steht weiter unter Kollektivverdacht. DIE LINKE hat die Überwachungsaufrüstung abgelehnt.

Spenden in Anhalt-Bitterfeld und im Salzlandkreis



Der Nachwuchs des Reitvereins Bernburg-Roschwitz bekam 300 Euro für Turnieranzüge der Voltigiersparte

Die finanzielle Unterstützung von Vereinen, Verbänden und Initiativen in seinem Wahlkreis Anhalt ist weiterhin wichtiger Bestandteil der Arbeit von Jan Korte. Allein im zweiten Halbjahr 2014 konnten bereits 10 sogenannte Fraktionschecks überreicht werden. Die Gelder stammen in diesem Fall vom Verein der Bundestagsfraktion, in dessen Topf die LINKEN Abgeordneten jeden Monat eine feste Summe einzahlen. Zuletzt gab es u. a. Geld für die Feuerwehr in Giersleben, die DLRG in Bernburg, den Verein für Tier- und Naturpädagogik in Burgkernitz, die Jugendfeuerwehr Aderstedt, den 1. FC Bitterfeld-Wolfen und für die SG Chemie Wolfen. Interessierte Vereine können jederzeit Anträge an den Verein stellen, um für konkrete Vorhaben Unterstützung zu bekommen – mehr Informationen gibt es unter www.fraktionsverein.de

Arbeitsagentur kauft 88.000 Drogentests



In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Jan Korte bestätigt die Regierung, dass die Bundesagentur für Arbeit vor Kurzem die Lieferung von 88.000 Drogenschnelltests für Erwerbslose ausgeschrieben hat. Problematisch erscheint insbesondere, dass nach der Antwort der Bundesregierung weiterhin vieles unklar bleibt. So wird z. B. nicht klar, inwieweit eine entsprechende Schulung und Weiterbildung der Fallmanager verpflichtend ist und in welchem Umfang sie tatsächlich stattfindet. Auch in punkto „Freiwilligkeit“ und Sanktionen (bei Nichtmitwirkung oder Weigerung, eine Schweigepflichtentbindung zu unterzeichnen) bleiben Fragezeichen. Hier werden wir einige entsprechende Nachfragen stellen. Allen Betroffenen kann man nur raten, nichts voreilig zu unterschreiben und sich über Rechte und Pflichten genau zu informieren.

Naturerlebnis für Kinder und Jugendliche



Bei seinem Besuch brachte Jan Korte einen Scheck über 350 Euro für den Ausbau der Anlage mit.

Vor über zwanzig Jahren begannen die ersten Sanierungsarbeiten an den Tagebauen, heute ist der Goitzsche-See ein Touristenmagnet. Einen Teil des Gebiets hat sich allerdings die Natur zurückerobert können: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland hatte es für diesen Zweck erworben. Die BUND Kreisgruppe Anhalt-Bitterfeld betreibt hier ein „Wildniscamp“: Kinder und Jugendliche können hier eine spannende Zeit in der Wildnis verbringen und Grundwissen vom Leben und Überleben in der Natur erwerben. Einen Eindruck von dem Projekt konnte sich vor kurzem Jan Korte machen, der selbst viel Freizeit an der Goitzsche verbringt - allerdings in dem Bereich, in dem das Angeln erlaubt ist. Mit dabei hatte er eine Spende des Fraktionsvereins der Linksfraktion, mit deren Hilfe das Goitzsche-Camp weiter ausgebaut werden soll.

Wie weiter mit der B 6n?



Zwischen Bernburg und Köthen wird schon gebaut. Wo entlang die Verlängerung nach Osten über die A9 hinaus führen wird, ist noch nicht entschieden.

Bei einem Treffen mit dem Aktionsbündnis „Für den Erhalt der Muldeau und der Dübener Heide ohne B 6n“ wurde Jan Korte bereits im Jahr 2013 auf verschiedene Probleme bezüglich der Ostverlängerung der Bundesstraße über die A9 hinaus hingewiesen. Wegen der Zuständigkeit des Bundes fragte Korte in Berlin nach dem Stand der Planungen und nach Alternativen zur Streckenführung durch die Dübener Heide.

Mittlerweile liegen die Antworten vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vor. Das Ministerium berichtet über zwei Alternativtrassen, die vom Land Sachsen-Anhalt für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldet wurden. Die eine Linienführung mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 179 Mio. € würde direkt durch die Dübener Heide in Richtung sächsische Landesgrenze führen. Die zweite Variante, die vom

Landkreis Anhalt-Bitterfeld bevorzugt wird, ist Richtung Wittenberg geplant und nutzt im Wesentlichen die B 100 und die B 2, die durch einige Ortsumfahrungen ergänzt werden sollen. Hier würden Kosten von 100 Mio. Euro entstehen.

Die vom Landkreis erarbeitete Streckenführung ist eine sinnvollere Alternative zur Trassenführung durch die Dübener Heide, urteilt Jan Korte: „Bei einer Verlängerung der B 6n Richtung Osten ist diese Variante zu bevorzugen. Sie schafft Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Anhalt-Bitterfeld und verbessert die Anbindung der Lutherstadt Wittenberg. Im Vergleich zur anderen Variante spart diese Trasse außerdem 79 Mio. bei den Gesamtkosten ein und bietet weniger Konfliktpotential bezüglich der Belastung von Mensch und Umwelt.“ Im Bundestag wird sich DIE LINKE für diese Variante einsetzen.

Kein Geld für historischen Turm

Vor einiger Zeit traf sich Jan Korte mit dem Förderverein Wasserturm Zerbst e. V., der sich seit mittlerweile fünf Jahren darum bemüht, das historische Gebäude in Schuss zu halten. Der 120 Jahre alte Turm bedarf seinem Alter entsprechend aufwendige Sanierungsarbeiten. Durch eine Vielzahl von ehrenamtlichen Arbeitsstunden wurde bis zum jetzigen Zeitpunkt bereits einiges erreicht. Für weitere, dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen, die vor allem den Außenbereich des Turmes betreffen, fehlt dem Verein jedoch das Geld. Die Beantragung von Mitteln aus Fördertöpfen von Land und Bund war bisher erfolglos. Auch eine Inanspruchnahme von Mitteln aus den Fonds der EU wurde bisher nicht gewährt.

Diesem Schicksal dürften zukünftig auch andere Projekte aus Sachsen-Anhalt gegenüberstehen. Denn um EU-Fördermittel, beispielsweise aus dem LEADER-Programm, zu erhalten, dürfen ländliche Gebiete eine Einwohnerzahl von 10.000 Einwohnern nicht überschreiten, wie die Kulturstatsministerin Jan Korte auf Anfrage mitteilte. Durch die Gemeindegebietsreform aber, die eine Zusammenlegung vieler kleiner Gemeinden zu einem großen Verband zur Folge hatte, ist diese Maßgabe in den meisten Gebieten Sachsen-Anhalts schlichtweg unerfüllbar und eine Förderung von Projekten in der Region durch die EU nahezu ausgeschlossen.

Ein von der LINKEN bei der Verabschiedung der Kreisreform 2005 kritizierter Punkt war



Jan Korte zu Besuch in Zerbst. Der Verein braucht Helfer und Spenden zum Erhalt des 120 Jahre alten Gebäudes.

die Unvorhersehbarkeit der Folgen. Dazu kann der Wegfall von europäischen Fördermitteln zum Erhalt von kulturell bedeutsamen Werken wohl gezählt werden. DIE LINKE wird auch weiterhin mehr Geld für Kommunen fordern. Auch mit dem Ausbau der bisher bestehenden Denkmal-sonderschutzprogramme könnte der Bund den Kommunen unterstützend zur Seite stehen.

Derzeit sucht der Förderverein Wasserturm Zerbst e. V. in Zerbst Mitstreiter und Spenden zum Erhalt des Turms:

Förderverein Wasserturm Zerbst e. V.,
Kto-Nr: **42 888 15**, BLZ: **800 935 74**
Volksbank Dessau-Anhalt e. G.



Marina Hinze (links im Bild) mit Jan Korte bei der Bürgersprechstunde. Auf den Rat der engagierten Kommunalpolitikerin konnte sich der Bundestagsabgeordnete von Beginn an verlassen.

In der Rubrik „Korte kommunal“ lassen wir KommunalpolitikerInnen aus dem Wahlkreis Anhalt zu Wort kommen. Wo drückt vor Ort der Schuh? Welche Handlungsspielräume gibt es in der Kommunalpolitik überhaupt noch? Dieses Mal sprechen wir mit Marina Hinze, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Stadtrat Köthen und Kandidatin bei der kommenden Oberbürgermeisterwahl.

Korte konkret: Marina, Du bist bereits seit 1990 in der Kommunalpolitik aktiv. In welchen Bereichen warst du da bisher tätig, und über welche Erfahrungen verfügst du?

Marina Hinze: Durch meine langjährige Tätigkeit im Stadtrat habe ich in allen Bereichen der Kommunalpolitik Erfahrungen sammeln können. Im Sozial- und Kulturausschuss war ich mehrere Jahre als Vorsitzende tätig. Im Rechnungsprüfungs- und Hauptausschuss konnte ich eine Menge über den Haushalt und die Finanzprobleme der Stadt lernen. Die Tätigkeit im Ehrenamt hat mir dabei immer Freude gemacht und meine Berufstätigkeit als Lehrerin auch bereichert.

Korte konkret: Wo siehst du Missstände in der

Bachstadt und was willst Du als linke Oberbürgermeisterkandidatin da besser machen?

Marina Hinze: Die Missstände in Köthen sind die gleichen wie in anderen Kommunen auch. Land und Bund übertragen immer mehr Aufgaben an die Gemeinden, sehen aber oft nicht ein, dass die Finanzen für deren Umsetzung fehlen. Die Städte und Gemeinden sind den Finanzentscheidungen des Landes fast wehrlos ausgeliefert. Als linke Oberbürgermeisterin würde ich dieselben Ziele verfolgen, die ich mir in den letzten 20

»Ich setze mich dafür ein, dass Köthen eine lebenswerte Stadt bleibt«

Jahren schon gesetzt habe. Ich setze mich dafür ein, dass Köthen eine lebenswerte Stadt bleibt, aus der die jungen Familien nicht weg ziehen müssen. Die Hochschule Anhalt stärker in die Stadt integrieren, die ausländischen Studierenden hier weiterhin ausbilden und gute Bildungschancen für alle Kinder, das sind nur einige Grundgedanken meiner Pläne für die Zukunft.

Korte konkret: Was sind die zukünftigen Herausforderungen in der Kommunalpolitik und welche Unterstützung braucht eine Oberbürgermeisterin bei ihrer Bewältigung?

In den letzten rund 15 Jahren sind die Kommunen auf Sparflamme gesetzt worden. Es gibt einen riesigen Unterhaltungs- und Investitionsstau. Köthen braucht - so wie andere Kommunen auch - einen gerechten Finanzausgleich, der uns Luft zum Atmen und zur Gestaltung von Kommunalpolitik lässt. Reine Verwaltung der Finanzprobleme bringt uns nicht weiter. Dazu muss sich einiges in der Landes- und Bundespolitik im Interesse der Kommunen bewegen. Kommunale Selbstverwaltung darf nicht nur in Sonntagsreden eine Rolle spielen.

»Kommunale Selbstverwaltung darf nicht nur in Sonntagsreden eine Rolle spielen«

Auch als linke Oberbürgermeisterin kann man nur das umsetzen, was am Ende vom Stadtrat und der Verwaltung mitgetragen wird. Besonders am Herzen liegen mir die Kinder und deren junge Eltern, weil sie dafür sorgen, dass unsere Stadt nicht ins Unendliche schrumpft. So möchte ich gern ein Vorhaben umsetzen, das es Alleinerziehenden ermöglicht einer Berufstätigkeit nachzugehen. Dazu stelle ich mir vor, dass eine der städtischen Kitas verlängerte Öffnungszeiten von 5 Uhr früh bis etwa 22 Uhr abends anbietet.

Um einen noch engeren Kontakt zu den Einwohnern in allen Ortsteilen herzustellen, werde ich als Oberbürgermeisterin meine Sprechstunden nicht nur im Rathaus und am Telefon, sondern vor Ort und wechselnd in den einzelnen Stadt- und Ortsteilen durchführen.

So hat Jan Korte abgestimmt:

Im Bundestag gibt es unterschiedliche Formen der Abstimmung. In der Namentlichen Abstimmung werden umstrittene und besonders wichtige Entscheidungen getroffen. Wählerinnen und Wähler können bei jeder Abstimmung überprüfen, wie die Abgeordneten des Wahlkreises Anhalt abgestimmt haben. Die wichtigsten Abstimmungen dokumentieren wir hier (ohne Gewähr):

28.11.2014: **Bundshaushaltsgesetz 2015**

Jan Korte (DIE LINKE): Nein Kees de Vries (CDU): Ja

13.11.2014: **Fortsetzung Beteiligung der Bundeswehr an UNAMID / UNMISS**

Jan Korte (DIE LINKE): Nein/Nein Kees de Vries (CDU): Ja/Ja

13.11.2014: **Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFÖG)**

Jan Korte (DIE LINKE): Enthaltung Kees de Vries (CDU): Ja

13.3.2014: **Kooperationsverbot lockern** (Gesetzentwurf Bundesregierung)

Jan Korte (DIE LINKE): Nein Kees de Vries (CDU): Ja

13.3.2014: **Kooperationsverbot in allen Bildungsbereichen aufheben** (Ä-Antrag LINKE)

Jan Korte (DIE LINKE): Ja Kees de Vries (CDU): Nein

17.10.2014: **Leistungsausweitung bei der Pflege** (Änderungsantrag LINKE)

Jan Korte (DIE LINKE): Ja Kees de Vries (CDU): Nein

Alle Entscheidungen im Vergleich auf www.jankorte.de/namentliche

Impressum

ViSdP: Jan Korte MdB

Redaktionsschluss: 30.11.2014

Anschrift Büro Berlin

Jan Korte MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 71100

Fax: 030 / 227 76201

E-Mail: jan.korte@bundestag.de

Internet: www.jankorte.de

www.facebook.com/jankortemdb

Wenn Sie die „Korte Konkret“ regelmäßig kostenlos zugeschickt bekommen wollen, schreiben Sie bitte eine Postkarte oder E-Mail mit dem Betreff „Abonnement Korte Konkret“ und Ihrer Postanschrift an eine der oben stehenden Adressen.

Für Sie da: Die Bürgerbüros von Jan Korte

Bürgerbüro Bernburg
Kleine Wilhelmstraße 2b
06406 Bernburg
Tel.: 0 34 71 / 62 29 47
Fax: 0 34 71 / 62 29 47
bernburg@jankorte.de

Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen
Kirchstr. 2
06749 Bitterfeld-Wolfen
Tel.: 0 34 93 / 40 15 94
Fax: 0 34 93 / 82 49 57
bitterfeld@jankorte.de

Bürgerbüro Köthen
Schalaunische Str. 6/7
06366 Köthen
Tel.: 0 34 96 / 30 33 91
Fax: 0 34 96 / 30 33 90
koethen@jankorte.de

Bürgerbüro Staßfurt (neu!)
Löderburger Str. 94
39418 Staßfurt
Tel.: 0 39 25 / 32 23 81
Fax: 0 39 25 / 32 23 81
stassfurt@jankorte.de